

## **Antrag**

**der Abgeordneten Annette Faße, Ulrike Mehl, Dr. Hans Peter Bartels, Dr. Axel Berg, Friedhelm Julius Beucher, Petra Bierwirth, Rainer Brinkmann (Detmold), Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Hans-Günther Bruckmann, Dr. Michael Bürsch, Marion Caspers-Merk, Dr. Peter Wilhelm Danckert, Christel Deichmann, Dr. Peter Eckardt, Sebastian Edathy, Marga Elser, Norbert Formanski, Hans Forster, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Günter Graf (Friesoythe), Angelika Graf (Rosenheim), Monika Griefahn, Hans-Joachim Hacker, Anke Hartnagel, Klaus Hasenfratz, Hubertus Heil, Frank Hempel, Gustav Herzog, Monika Heubaum, Reinhold Hiller (Lübeck), Iris Hoffmann (Wismar), Gabriele Iwersen, Jann-Peter Janssen, Ilse Janz, Johannes Kahrs, Ulrich Kasparick, Hans-Ulrich Klose, Volker Kröning, Horst Kubatschka, Konrad Kunick, Detlev von Larcher, Waltraud Lehn, Klaus Lennartz, Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg), Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Dirk Manzewski, Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Angelika Mertens, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Volker Neumann (Bramsche), Dr. Rolf Niese, Leyla Onur, Manfred Opel, Holger Ortel, Kurt Palis, Karin Rehbock-Zureich, Reinhold Robbe, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Thomas Sauer, Horst Schild, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Olaf Scholz, Gerhard Schröder, Dietmar Schütz (Oldenburg), Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Wolfgang Spanier, Antje-Marie Steen, Rita Streb-Hesse, Joachim Stünker, Franz Thönnies, Hedi Wegener, Reinhard Weis (Stendal), Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Jürgen Wieczorek (Böhlen), Heino Wiese (Hannover), Dr. Wolfgang Wodarg, Peter Zumkley und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Angelika Beer, Kristin Heyne, Dr. Reinhard Loske, Klaus Wolfgang Müller (Kiel), Sylvia Ingeborg Voß, Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Optimierung des Sicherheits- und Notfallkonzeptes für Nord- und Ostsee**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Havarie des Holzfrachters „Pallas“, der am 25. Oktober 1998 vor dem dänischen Esbjerg in Brand geraten war und am 29. Oktober vor der deutschen Nordseeinsel Amrum strandete, hat eindringlich auf die Gefährdung der Ökosysteme entlang der gesamten deutschen Küste durch Schiffsunfälle hingewiesen. Die Havarie hat eine intensive Diskussion um Fragen des Küsten- und Nordseeschutzes, um Schiffssicherheits- und Ausbildungs-

standards, um internationale Seerechtsfragen und vor allem um das bestehende deutsche Sicherheits- und Notfallkonzept bei Schiffshavarien ausgelöst.

Die Bundesregierung, insbesondere das federführende Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, setzt sich seit Amtsantritt in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien dafür ein, daß mögliche Schwachstellen im bisherigen Sicherheitskonzept für die Nord- und Ostsee aufgedeckt und beseitigt werden. So hat das federführende Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen den Chartervertrag mit dem Hochseeschlepper „Oceanic“ entgegen den Planungen der Regierung Kohl bei Amtsantritt verlängert und zwischenzeitlich die dauerhafte Charter eines Hochseeschleppers europaweit ausgeschrieben.

Im Zuge der „Pallas“-Bergungsversuche haben die Besatzungen aller beteiligten Schiffe, darunter u.a. die für derartige Fälle vorgehaltenen bundeseigenen Mehrzweckschiffe „Mellum“ und „Neuwerk“ sowie der vom Bund gecharterte Hochseeschlepper „Oceanic“, größte Anerkennung für ihren mutigen Einsatz verdient. Obwohl die Besatzungen ihre Arbeit z. T. unter Lebensgefahr geleistet haben, konnten die Strandung der „Pallas“ und der folgende Austritt von rd. 60 t Schweröl nicht verhindert werden. Laut World Wide Fund for Nature (WWF) hat der Ölaustritt zur bisher schwersten Ölverunreinigung des weltweit einmaligen Ökosystems Wattenmeer und zum Tod von etwa 16 000 Seevögel geführt.

Das nordfriesische Wattenmeer sowie Strände auf Amrum, Föhr und Sylt wurden durch ausgetretenes Schweröl verschmutzt. Rund jeder vierte Arbeitsplatz in den Küstenregionen ist im Bereich Tourismus und Fischerei angesiedelt. Sie sind durch mangelnde Schiffssicherheit, unzureichende Notfallvorsorge und nicht ausreichende Bekämpfungsmöglichkeiten ebenso bedroht wie die Natur.

Trotz der fehlgeschlagenen Abschleppversuche an der führungslosen „Pallas“, die letztendlich zur Strandung des Schiffes führten, sollten Spekulationen über mögliche Fehler und Versäumnisse der zuständigen Stellen bis zur endgültigen Aufklärung der Geschehnisse kein Raum gegeben werden. Dies um so mehr, als jedem Fachmann klar ist, daß der Erfolg von Bergungen trotz bester technischer und personeller Voraussetzungen nicht zu garantieren ist. Im speziellen Fall müssen zudem die Witterungsverhältnisse mit aufkommenden Herbststürmen bei der Einschätzung der Vorkommnisse bedacht werden.

Die Umstände, die zur Strandung der „Pallas“ geführt haben, sollen nach dem Willen der Bundesregierung lückenlos aufgeklärt werden, um hieraus Konsequenzen für die Verbesserung des Notfallkonzeptes, für das Notfallmanagement durch Bund und Länder, für die Vorhaltung der notwendigen Technik, aber auch für die Weiterentwicklung der Sicherheitsstandards in der internationalen Schifffahrt und einen verbesserten Wattenmeerschutz ziehen zu können.

Die Aufklärungsarbeit wird die von der Bundesregierung bereits im November angekündigte unabhängige Expertenkommission unter Berücksichtigung der Schwachstellenanalyse des Landes Schleswig-Holstein und der seeamtlichen Untersuchung leisten. Eine solide Aufarbeitung mit konkre-

ten Schlußfolgerungen und Arbeitsaufträgen ist im Sinne des Schutzes von Mensch und Umwelt dringend geboten.

Am Ende der Aufklärung der „Pallas“-Havarie muß ein optimiertes Sicherheits- und Notfallkonzept stehen, das die Prävention von Havarien zum Gegenstand hat und ein effizientes Notfallmanagement bei etwaigen Havarien gewährleistet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die detaillierte und schonungslose Aufarbeitung der „Pallas“-Havarie mit allen notwendigen und vorhandenen Mitteln zu unterstützen und voranzutreiben.
2. bereits heute erkennbare Schwachstellen am bisherigen Sicherheits- und Notfallkonzept unverzüglich zu beseitigen, um die Gefahr weiterer Havarien zu minimieren.
3. die angekündigte Expertenkommission zur Aufarbeitung der „Pallas“-Havarie umgehend einzusetzen.
4. der Expertenkommission zu empfehlen, unabhängige Sachverständige, u.a. aus dem Bereich Umwelt und Naturschutz, Sicherheit, Recht und Bund-Länder-Zusammenarbeit sowie die mit der maritimen Sicherheit befaßten Verbänden, Versicherern, Klassifikationsgesellschaften und in diesem Bereich arbeitende Forschungsgesellschaften, hinzuzuziehen und Hearings zu den zentralen Sachfragen durchzuführen.
5. die Expertenkommission u.a. mit der Aufarbeitung folgender Punkte zu beauftragen:
  - Erstellung einer exakten Chronologie des Unfall- und Bergungshergangs vom Beginn der Havarie in dänischen Gewässern und Ermittlung der zum jeweiligen Zeitpunkt bereitstehenden Einsatzkräfte sowie der durch dänische und deutsche Behörden sowie privaten Unternehmen erteilten Einsatzbefehle;
  - Analyse der Informationswege zwischen den beteiligten Behörden, Reedereien sowie Bund und Land, Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen;
  - Klärung der Brandursache und -umstände der „Pallas“;
  - Beurteilung des Notfallverhaltens der „Pallas“-Crew;
  - Überprüfung des Notfallmanagements der zuständigen deutschen Einsatzkräfte vor und nach der Strandung im Hinblick auf die Optimierung der Zusammenarbeit u.a. mit Reedern, zwischen Dänemark und Deutschland, dem Bund und den Ländern sowie der Verfahrensabläufe im Bereich des Natur- und Meeresschutzes und diesbezügliche Vorschläge für die Weiterentwicklung;
  - Analyse von Naturschutz-, nationalem und internationalem See- und Verwaltungsrecht im Hinblick auf die Einbeziehung in das Sicherheitskonzept für Nord- und Ostsee sowie Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen.
6. die Empfehlungen der Expertenkommission in konkrete Handlungsanweisungen umzusetzen.

7. einvernehmlich mit dem Land Schleswig-Holstein die Folgen für das Ökosystem Wattenmeer zu prüfen, die durch die Bergung bzw. die Belassung der „Pallas“ am jetzigen Ort zu erwarten sind, und entsprechend zu entscheiden.
8. die Vorschläge der Umweltverbände zum Schutz des Wattenmeeres und der Meeresökologie sowie zum weiteren Umgang mit dem Wrack in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen.
9. die „Pallas“-Havarie zum Anlaß zu nehmen, um weitergehende Maßnahmen zur Verhinderung von Schiffsunfällen und etwaigen Havarien in folgenden Bereichen zu erarbeiten, zu prüfen und umzusetzen:
  - erforderliche vorzuhaltende technische Kapazitäten z. B. an Hochsee- und weiteren Schleppern, Feuer- und Ölbekämpfungsschiffen sowie der erforderlichen Hubschrauber in Nord- und Ostsee;
  - technische Ausrüstung von Unfallbekämpfungsschiffen;
  - Ausbildung und Training von Rettungsmannschaften und Feuerwehren;
  - Hafenstaatkontrollsystem;
  - Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle in der Deutschen Bucht, um ein frühes Eingreifen bei Schiffsunfällen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene sicherzustellen;
  - Stand und notwendige Weiterentwicklung bilateraler Übereinkommen mit den Nachbarstaaten;
  - notwendige Weiterentwicklung internationaler Übereinkommen zum Schutz der Meere;
  - Verbesserung der internationalen Schiffssicherheitsstandards;
  - Ausweisung des ökologisch besonders sensiblen Wattenmeeres und der angrenzenden Seegebiete als „Particular Sensitive Sea Areas“ entsprechend den Richtlinien der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) einschließlich der Verhängung von Durchfahrtsverboten für Sub-Standard-Schiffe.
10. das internationale Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen in seiner Fassung von 1996 möglichst umgehend zu ratifizieren und sich international für ein schnelles Inkrafttreten einzusetzen.
11. dem 1996 in Kraft getretenen internationalen Bergungsübereinkommen von 1989 möglichst umgehend beizutreten und in deutsches Recht umzusetzen.
12. die Region des nordfriesischen Wattenmeeres bei ihren Bemühungen um einen natur- und umweltverträglichen Tourismus zu unterstützen.

Bonn, den 19. Januar 1999

**Annette Faße**  
**Ulrike Mehl**  
**Dr. Hans Peter Bartels**

**Dr. Axel Berg**  
**Friedhelm Julius Beucher**  
**Petra Bierwirth**

<b>Rainer Brinkmann (Detmold)</b>	<b>Angelika Mertens</b>
<b>Bernhard Brinkmann (Hildesheim)</b>	<b>Michael Müller (Düsseldorf)</b>
<b>Hans-Günther Bruckmann</b>	<b>Jutta Müller (Völklingen)</b>
<b>Dr. Michael Bürsch</b>	<b>Volker Neumann (Bramsche)</b>
<b>Marion Caspers-Merk</b>	<b>Dr. Rolf Niese</b>
<b>Dr. Peter Wilhelm Danckert</b>	<b>Leyla Onur</b>
<b>Christel Deichmann</b>	<b>Manfred Opel</b>
<b>Dr. Peter Eckardt</b>	<b>Holger Ortel</b>
<b>Sebastian Edathy</b>	<b>Kurt Palis</b>
<b>Marga Elser</b>	<b>Karin Rehbock-Zureich</b>
<b>Norbert Formanski</b>	<b>Reinhold Robbe</b>
<b>Hans Forster</b>	<b>René Röspel</b>
<b>Arne Fuhrmann</b>	<b>Dr. Ernst Dieter Rossmann</b>
<b>Monika Ganseforth</b>	<b>Thomas Sauer</b>
<b>Iris Gleicke</b>	<b>Horst Schild</b>
<b>Günter Graf (Friesoythe)</b>	<b>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)</b>
<b>Angelika Graf (Rosenheim)</b>	<b>Olaf Scholz</b>
<b>Monika Griefahn</b>	<b>Gerhard Schröder</b>
<b>Hans-Joachim Hacker</b>	<b>Dietmar Schütz (Oldenburg)</b>
<b>Anke Hartnagel</b>	<b>Ernst Schwanhold</b>
<b>Klaus Hasenfratz</b>	<b>Bodo Seidenthal</b>
<b>Hubertus Heil</b>	<b>Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast</b>
<b>Frank Hempel</b>	<b>Wolfgang Spanier</b>
<b>Gustav Herzog</b>	<b>Antje-Marie Steen</b>
<b>Monika Heubaum</b>	<b>Rita Streb-Hesse</b>
<b>Reinhold Hiller (Lübeck)</b>	<b>Joachim Stünker</b>
<b>Iris Hoffmann (Wismar)</b>	<b>Franz Thönnies</b>
<b>Gabriele Iwersen</b>	<b>Hedi Wegener</b>
<b>Jann-Peter Janssen</b>	<b>Reinhard Weis (Stendal)</b>
<b>Ilse Janz</b>	<b>Inge Wettig-Danielmeier</b>
<b>Johannes Kahrs</b>	<b>Dr. Margrit Wetzell</b>
<b>Ulrich Kasparick</b>	<b>Jürgen Wieczorek (Böhlen)</b>
<b>Hans-Ulrich Klose</b>	<b>Heino Wiese (Hannover)</b>
<b>Volker Kröning</b>	<b>Dr. Wolfgang Wodarg</b>
<b>Horst Kubatschka</b>	<b>Peter Zumkley,</b>
<b>Konrad Kunick</b>	<b>Dr. Peter Struck und Fraktion</b>
<b>Detlev von Larcher</b>	
<b>Waltraud Lehn</b>	<b>Gila Altmann (Aurich)</b>
<b>Klaus Lennartz</b>	<b>Albert Schmidt (Hitzhofen)</b>
<b>Götz-Peter Lohmann</b>	<b>Angelika Beer</b>
<b>(Neubrandenburg)</b>	<b>Kristin Heyne</b>
<b>Dr. Christine Lucyga</b>	<b>Dr. Reinhard Loske</b>
<b>Dieter Maaß (Herne)</b>	<b>Klaus Wolfgang Müller (Kiel)</b>
<b>Dirk Manzewski</b>	<b>Sylvia Ingeborg Voß</b>
<b>Christoph Matschie</b>	<b>Helmut Wilhelm (Amberg)</b>
<b>Heide Mattischeck</b>	<b>Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion</b>